



# Städte für eine Politik der frühen Kindheit



T a g u n g s b e r i c h t

Doppelkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik und der  
Städteinitiative Bildung am 13. September 2019 in Winterthur

# Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE)

...ist Gegenstand der Bildungs- und Sozialpolitik in Städten und einer Reihe aktueller Initiativen in der Schweiz. Die Schweizerische UNESCO-Kommission hat in ihrer kürzlich veröffentlichten Publikation «Für eine Politik der frühen Kindheit» Empfehlungen in verschiedenen Handlungsfeldern formuliert. In der gemeinsamen Tagung wurden diese vorgestellt und anhand konkreter Umsetzungsbeispiele aus den Städten vertieft.

Verabschiedet wurde zudem eine gemeinsame Resolution der Städteinitiative Sozialpolitik und der Städteinitiative Bildung, welche die Positionen der «Städte für eine Politik der frühen Kindheit» deutlich macht und Forderungen an die kantonale und nationale Politik stellt.

Mit dem Besuch der Ausstellung «Die Entdeckung der Welt» bot die Tagung zudem Gelegenheit, die Welt durch die Augen kleiner Kinder zu erleben und zu erfahren, wie Erwachsene sie begleiten können.

In der abschliessenden Podiumsdiskussion wurde diskutiert, welche Schritte es für eine erfolgreiche Politik der frühen Kindheit braucht.

## Impressum

### Herausgeber:

Städteinitiative Sozialpolitik & Städteinitiative Bildung

**Text:** Susanna Heckendorn, apropos GmbH Bülach

**Fotos:** Bettina Meili, Pascale Muheim & Diana Neuber

November 2019



## Grusswort

In seiner Begrüssung betonte der Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik Nicolas Galladé die Wichtigkeit von FBBE und erinnerte daran, dass bereits vor drei Jahren eine gemeinsame Konferenz zu diesem Thema durchgeführt worden war. Wo die Verantwortung in einer Stadt angesiedelt sei, sei sekundär. Wichtig seien geklärte Rollen, die Zusammenarbeit aller involvierter Bereiche, ob Bildung, Gesundheit oder Integration, und das Bewusstsein für die gemeinsame Verantwortung. Vieles hänge vom erfolgreichen Koordinieren ab. «In den Städten funktioniert FBBE vorbildlich. Frühe Förderung findet statt. Andere Akteure hinken bei diesem Thema hinterher.»

Auf kantonaler Ebene bestehen beträchtliche Unterschiede. Während in der Romandie FBBE gesetzlich verankert und die Finanzierung gewährleistet ist, würden in anderen Kantonen Projekte vor allem medienwirksam positioniert. «Die operative Umsetzung liegt dann bei den Gemeinden, wo es wiederum grosse Unterschiede gibt.»

«Auf Bundesebene hat der Berg eine Maus geboren. Für die Umsetzung der Parlamentarischen Initiative Aebischer stehen gerade mal 100'000 Franken zur Verfügung, verteilt auf mehrere Jahre. Allein die Stadt Winterthur investiert jährlich über 10 Millionen Franken in FBBE. Städte wie Zürich und Lausanne setzen dafür weit über 80 Millionen Franken ein – jedes Jahr!»

Das Ziel der Tagung müssten klare Forderungen sein, so Nicolas Galladé, auch auf übergeordneten Ebenen.



## 6 Inputreferat

Heinz Altorfer und Dieter Schürch über die vier Handlungsfelder der UNESCO-Publikation zu FBBE



## 8 Resolution

Städte für eine Politik der frühen Kindheit

## 10 Workshops

Umsetzungsbeispiele aus den Städten





## 12 Ausstellung

Besuch der Erlebnisausstellung über die frühe Kindheit: «Die Entdeckung der Welt»



## 14 Podium

Moderatorin Karin Landolt im Gespräch mit Gästen über weitere Schritte

# Für eine Politik der frühen Kindheit

## Inputreferat von Heinz Altorfer und Dieter Schürch

Zu Beginn machten die beiden Referenten darauf aufmerksam, dass bereits vor 20 Jahren, an der UNESCO-Konferenz 2000 in Dakar, sechs globale Bildungsziele festgelegt worden waren, darunter auch die Frühkindliche Bildung. Sie erläuterten die Zielsetzungen der neuen Publikation der Schweizerischen UNESCO-Kommission «Für eine Politik der frühen Kindheit. Eine Investition in die Zukunft», die ein Orientierungsrahmen für die Politik und eine Diskussionsbasis für die Gestaltung politischer Rahmenbedingungen sein soll, um FBBE in der Schweiz nachhaltig als Bildungsaufgabe zu positionieren und die politischen Rahmenbedingungen positiv gestalten zu helfen. Erkenntnisse aus der Wissenschaft und der Praxis sollen miteinander verknüpft und daraus möglichst konkrete Handlungsansätze abgeleitet werden. Gemeinden, Städte, Kantone und Bundesstellen, aber auch die Zivilgesellschaft, sollen sich inspirieren lassen.

### **Ausgangspunkte für die Publikation**

Verstärkte Bildungsorientierung im Frühbereich ist ein internationaler Trend. Diese Entwicklung ist auch in der Schweiz angekommen, es fehlt jedoch eine nachhaltige bildungspolitische Strategie dafür. Mit Ausnahme der Romandie gibt es kaum eine staatliche Steuerung. FBBE entwickelt sich in der Schweiz im Patchworksystem. Politik für die frühe Kindheit ist eine Querschnittspolitik, die unterschiedliche Politikbereiche wie Bildung, Soziales und Gesundheit betrifft.

### **Die Aufgaben von FBBE für die Gesellschaft**

Die Aufgaben von FBBE für die Gesellschaft sind vielseitig. Frühkindliche Bildung ist mehr als Schulvorbereitung. FBBE ermöglicht Chancengerechtigkeit und dient der Armutsbekämpfung, der Integrationsförderung, der Gesundheitsförderung und -prävention. Sie unterstützt das Wohlbefinden und die persönliche und soziale Entwicklung von Kindern und löst ihr Recht auf Bildung gemäss der UN-Kinderrechtskonvention ein.

### **Der Nutzen einer Politik der frühen Kindheit**

Mit einer Politik der frühen Kindheit werden Kinder in ihren persönlichen Ressourcen gestärkt und die elterlichen Kompetenzen gefördert. Die Gesellschaft profitiert vom gesellschaftlichen Zusammenhalt

durch Chancengerechtigkeit und Verminderung sozialer Selektivität.

Die frühe Kindheit ist ein entscheidender Moment: Wird hier investiert, ist der Nutzen enorm und spart – auch im Sinne einer Prävention – Kosten. Eine Politik der frühen Kindheit bekämpft Armut und verbessert die Integration. Die Schulen werden entlastet, Gemeinden und Kantone profitieren von Kosteneinsparungen. Mehr erwerbstätige Eltern stärken die Wirtschaft, die Bildungsrenditen werden generell erhöht. FBBE bezieht Familien mit Kindern als Ganzes mit ein. Deshalb liegt die Verantwortung auf allen drei Staatsebenen, Gemeinden, Kantone und Bund.

Die Schweiz hat den höchsten Anteil an teilzeitarbeitenden Frauen in Europa, jedoch nur eine kleine Durchdringung mit Betreuungsmöglichkeiten. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Dass eine Kita-Betreuung auch für Kinder aus bildungsnahen Familien vorteilhaft ist, zeigt eine kürzlich veröffentlichte Studie der Universität Zürich.

«Die Frage ist: Was macht der Staat? Alle Aktivitäten beruhen auf vereinzelt Initiativen. Das genügt nicht. Das Thema braucht politische Relevanz. Es muss mehr Geld ins System!»

### **Vier Handlungsfelder**

In der Politik der frühen Kindheit geht es nicht nur um edukative Fragen. Damit FBBE die gewünschten Wirkungen erzielen kann, braucht es ein grosses Engagement auf allen Ebenen. Die Publikation nennt die vier wichtigsten Handlungsfelder und ihre Ziele:

#### **1) Angebote für alle gewährleisten**

Damit alle Familien mit kleinen Kindern Zugang zu den Angeboten haben, müssen diese breit gestreut werden. Besonders wichtig ist dies für Familien, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, sie erhalten dadurch eine Chance für eine gesamtgesellschaftliche Integration.

## 2) Koordinieren und vernetzen

FBBE ist multidisziplinär und sektorübergreifend. Die Jacobs Foundation empfiehlt in jeder Gemeinde eine Person als Ansprechperson, damit die Koordination auch gelebt wird. Wichtig ist ein nationaler Austausch unter den verschiedenen Regionen, Sprachen und Kulturen. Es braucht Dialoge und Plattformen zum Austausch und gegenseitigen Lernen.

## 3) Qualität sichern und verbessern

Qualität ist im Rahmen der Familienpolitik und der frühen Kindheit ein wichtiges Thema. Die Beziehung von Kindern zur Umwelt ist die Ressource für die Zukunft der Gesellschaft. Für diese Aufgaben braucht es auch empathische Kompetenz. Die Arbeit in Kitas ist unterbezahlt, es fehlt an Zeit für Austausch und Vernetzung. Es mangelt nicht an gutem Willen, aber es braucht Kriterien und einen Orientierungsrahmen als Referenz. Man hat nie ausgelernt, deshalb gilt es sich ständig zu hinterfragen und dazuzulernen.

## 4) Finanzieren

Es braucht Geld! Frühe Investitionen verhindern «Reparaturkosten» zu einem späteren Zeitpunkt. Wichtig ist deshalb, auch die Wirtschaft mit ins Boot zu holen. Die Politik benötigt Datengrundlagen zur FBBE. Die dazu nötigen Mittel sind von Bund und Kantonen bereitzustellen, z. B. mittels eines nationalen Forschungsprogramms.



Heinz Altorfer und Dieter Schürch sind Mitglieder der Schweizerischen UNESCO-Kommission und Mitautoren der Publikation «Für eine Politik der frühen Kindheit. Eine Investition in die Zukunft.»

# Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution

David Hauser, Geschäftsführer der Städteinitiative Bildung, stellte Hintergründe und Ziele der gemeinsamen Resolution der Städteinitiative Sozialpolitik und der Städteinitiative Bildung vor. Er betonte die Bedeutung der Frühen Förderung als öffentliche Aufgabe und ihren Nutzen für die Gesellschaft. Zudem verwies er auf das Engagement der Städte und Gemeinden, aber auch auf die finanzielle Belastung, die eine grosse Hürde für Familien darstellt, und plädierte für ein stärkeres finanzielles Engagement der öffentlichen Hand und der Wirtschaft. Er verwies darauf,

dass Frühe Förderung Qualitätsstandards brauche sowie Aus- und Weiterbildungsangebote für Involvierte und Netzwerke, welche die Träger der Frühen Förderung zusammenbringen. In der anschliessenden Diskussion ging es unter anderem um die Fragen, wer die Adressaten von Früher Förderung sein sollen und inwiefern sich Arbeitgeber an der Finanzierung von FBBE-Angeboten beteiligen können und sollen. Nach der Diskussion wurde die auf den folgenden Seiten abgedruckte Resolution «Städte für eine Politik der frühen Kindheit» verabschiedet.

# Resolution «Städte für eine Politik der frühen Kindheit»

13. September 2019

## Ausgangslage

Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) umfasst eine breite Palette von Angeboten der familienergänzenden Betreuung, Gesundheitsversorgung, Elternberatung und -bildung für alle Familien oder für solche mit speziellen Bedürfnissen. FBBE-Angebote orientieren sich an den Bedürfnissen der Kinder und unterstützen altersgerechtes kindliches Lernen und Entdecken sowie eine gesunde Entwicklung des Kindes. Der Zugang aller Kinder zu hochwertiger FBBE ist eine öffentliche Aufgabe, für welche die UNO-Kinderrechtskonvention und die Schweizerische Bundesverfassung (Grundrechte Art. 11, Sozialziele Art. 41) die Rechtsgrundlage bilden. Eine Politik der frühen Kindheit schafft Rahmenbedingungen, damit möglichst vielfältige, hochwertige und bezahlbare Angebote für Vorschulkinder und ihre Familien entstehen (vgl. Schweizerische UNESCO-Kommission, «Für eine Politik der frühen Kindheit», 2019). Städte erbringen heute für FBBE erhebliche Leistungen, indem sie eine Förderkette von der Geburt bis zur Schulzeit gewährleisten und massgebliche Integrationsaufgaben übernehmen. Es sind aber weitere Anstrengungen von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden sowie der Wirtschaft gefordert. Die Städteinitiativen Bildung und Sozialpolitik, Sektionen des Schweizerischen Städteverbands, haben die Empfehlungen der Schweizerischen UNESCO-Kommission anlässlich einer gemeinsamen Konferenz am 13. September 2019 zur Kenntnis genommen und diese Resolution gemeinsam verabschiedet.

## Nutzen einer Politik der frühen Kindheit

Eine Politik der frühen Kindheit nützt Kindern und Eltern, Gemeinden und Kantonen, Wirtschaft und Gesellschaft. Qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote stärken die persönlichen Ressourcen des Kindes und unterstützen deren Eltern. Für Gemeinden und Kantone sind gute Rahmenbedingungen für das Aufwachsen von Kindern eine wirkungsvolle Massnahme der Armuts-, Gesundheits- und Gewaltprävention. Ein gutes FBBE-Angebot fördert die Erwerbsbeteiligung beider Eltern, höhere Bildungsabschlüsse der Kinder und die Standortattraktivität. Diese Faktoren wirken sich positiv auf die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand aus. Die Schule wird entlastet, indem Kinder gut vorbereitet in den Kindergarten eintreten. FBBE fördert den Spracherwerb von Kindern mit Migrationshintergrund und trägt zur Integration ausländischer Familien bei. In der Wirtschaft wirkt sich ein gutes FBBE-Angebot in Kombination mit familienfreundlichen Arbeitsbedingungen positiv auf die Erwerbstätigkeit und die Produktivität aus.

## Handlungsfelder und Beitrag der Städte

### Angebote für alle gewährleisten

Ziel einer Politik der frühen Kindheit ist, dass alle Familien mit kleinen Kindern an ihrem Wohnort Zugang zu einem vielfältigen, qualitativ hochwertigen und bedarfsgerechten FBBE-Angebot haben. Die Städte erbringen hierfür bereits heute grosse Leistungen. Sie entwickeln kommunale Strategien der frühen Kindheit und verbessern den Zugang für sozial benachteiligte Familien. Hohe Kosten sind ein wichtiger Grund, weshalb Familien, nicht nur sozial benachteiligte, FBBE-Angebote noch immer zu wenig nutzen. Das Angebot an subventionierten Betreuungsplätzen muss daher weiter ausgebaut und die Elterntarife müssen tiefer angesetzt werden. Die Städte engagieren sich weiter, Zugangshürden abzubauen und die verschiedenen Angebote bekannter zu machen.

### Angebote und Akteure koordinieren und vernetzen

Für die Politik der frühen Kindheit sind verschiedene Politikbereiche zuständig. Eine gute Steuerung und Koordination auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene ist zentral. Die Städte leisten Basisarbeit, indem sie intern die Koordination ressortübergreifend vorantreiben, Vernetzungstreffen organisieren und Weiterbildungen anbieten. Wichtig ist die Verknüpfung von Angeboten der FBBE mit weiteren Leistungen für Kinder und deren Familien wie z.B. medizinische Grundversorgung, Integrationsförderung oder Wirtschaftshilfe. Städte

und Kantone sind gefordert, die Angebote des Frühbereichs auch auf den Schulbereich abzustimmen, damit Eltern und Kinder beim Übergang gut begleitet werden. Um Dialog, Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zur frühen Kindheit unter allen Akteuren der FBBE nachhaltig und unabhängig von befristeten Programmen sicherzustellen, braucht es institutionelle Gefässe, in denen Bund, Kantone und Gemeinden unter Einbezug von Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten.

### **Qualität sichern und verbessern**

Kompetentes Personal und gute strukturelle Rahmenbedingungen gewährleisten eine hohe Qualität der FBBE-Angebote. Diese wirken sich positiv auf die kognitiven, sprachlichen und sozialen Fähigkeiten von Kindern aus, ganz besonders bei Kindern aus benachteiligten Familien. Qualitätssicherung und -entwicklung sind deshalb ein weiteres zentrales Ziel einer Politik der frühen Kindheit. Fachpersonen benötigen stetige Weiterbildung. Laien und Freiwillige, die im Frühbereich arbeiten, brauchen angemessene Begleitung. Kommunale und kantonale Finanzierungsmodelle haben gute Arbeitsbedingungen, angemessene Löhne und genügend zeitliche Ressourcen für Austausch, Supervision und Weiterbildung sicherzustellen.

### **Angebote finanzieren**

Eine Politik der frühen Kindheit setzt sich ein, dass die Finanzierung der Angebote gesichert und für alle Familien bezahlbar sind. Im internationalen Vergleich ist in der Schweiz die finanzielle Belastung der Familien für ergänzende Betreuung hoch. Familien mit geringen Einkommen können sich eine Kita oft nicht leisten. Zudem lohnt sich familienergänzende Kinderbetreuung für mittelständische Familien finanziell oft nicht, was negative Auswirkungen auf ihre Erwerbstätigkeit hat. Der Anteil der öffentlichen Finanzierung muss erhöht werden. Dazu braucht es Sensibilisierung in Bevölkerung und Politik: Investitionen in qualitativ hochwertige FBBE lohnen sich und zahlen sich für alle Beteiligten aus. Die passende Ausgestaltung von Finanzierungsmodellen ist eine Aufgabe, die Städte und Gemeinden, Kantone und Bund gemeinsam mit Trägerschaften und Fachorganisationen angehen müssen.

Bereits heute zahlen grosse Städte, wie zum Beispiel Zürich, Winterthur oder Lausanne, jährlich jeweils zweistellige Millionenbeträge für familienergänzende Betreuung. Die Städte benötigen Unterstützung vom Bund, den Kantonen und der Wirtschaft, damit sie ihr Angebot aufrechterhalten und weiterentwickeln können. Die Städteinitiativen Bildung und Sozialpolitik stellen deshalb folgende Forderungen:

## **Forderungen**

1. Für frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) braucht es klare Zuständigkeiten auf allen Ebenen und die Bereitstellung eines entsprechenden Budgets.
2. Die Städte müssen Zugang zu den finanziellen Mitteln von Bund und Kantonen für FBBE erhalten. Bundesgelder müssen auch direkt an die Städte und Gemeinden fließen können.
3. Es gibt in der Romandie bereits funktionierende Modelle der Beteiligung von Arbeitgebern an der Finanzierung der familienexternen Kinderbetreuung. In allen Kantonen müssen auch die Arbeitgeber ihren Beitrag zugunsten qualitativ hochwertiger FBBE-Angebote leisten.
4. Die Städte sprechen sich für einen Verfassungsartikel aus, der die gemeinsame Verantwortung von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden für die FBBE formuliert.
5. Die Städte fordern ein FBBE-Konkordat, in welchem die Kantone vereinbaren, wie sie ihren Verpflichtungen aus der Schweizerischen Bundesverfassung und der UNO-Kinderrechtskonvention im Bereich FBBE nachkommen und zusammenarbeiten. Darin sollen die Kantone das Grundangebot festlegen und sich auf Mindeststandards verständigen, zum Beispiel für familienergänzende Betreuung und die Finanzierung der Angebote der FBBE.



# Umsetzung in den Städten

Fünf Workshops ermöglichten die Vorstellung und Diskussion von Ansätzen aus den Städten

## Workshop 1: Umsetzung einer Politik der frühen Kindheit

Heinz Altorfer & Dieter Schürch, Schweizerische UNESCO-Kommission

Die Publikation der Schweizerischen UNESCO-Kommission fokussiert Ziele in vier Handlungsfeldern einer Politik der frühen Kindheit. Im Workshop wurden zwei dieser Handlungsfelder konkretisiert: die kommunale Vernetzung und Koordination der Akteure einerseits und die Qualitätssicherung und -entwicklung andererseits. Ausgangspunkt sind die Überlegungen in der Publikation zur verwaltungsin-ternen und -externen Koordination, zum Austausch zwischen privaten und öffentlichen Akteuren und zur Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Städten. Zur Frage der Qualität wurden Möglichkeiten der Städte in der politischen Steuerung der pädagogischen Qualität und der Qualifizierung des Personals, der Sicherung von Rahmenbedingungen für die Qualitätsentwicklung in den Einrichtungen der frühen Förderung und des Qualitätsmonitorings diskutiert.

Viele Studien zeigen die Bedeutung einer qualitativ hochwertigen Versorgung und ihre Auswirkungen auf die kognitiven, sprachlichen und sozialen Fähigkeiten der Kinder von Geburt an. Anhand einiger Beispiele versuchte der Workshop zu zeigen, dass es in verschiedenen Bereichen noch Defizite gibt, insbesondere in der Zusammenarbeit der das Kind umgebenden Akteure, bei der Interpretation und Unterstützung des spielerischen Lernens, bei der Planung der Angebote auf Gemeindeebene, bei der Art und Weise, wie die kulturelle Vielfalt der Familien

verstanden wird und bei der Fähigkeit der Fachleute, kritisch zu reflektieren.

Eine Kurzpräsentation der strategischen Leitlinien und der Projekte der Stadt Zürich zu einer Politik der frühen Kindheit regte zum Austausch unter den Workshop-Teilnehmenden an. Die Präsentation kann bei Kathrin Kuster, Departementssekretärin Sozialdepartement Stadt Zürich, bestellt werden.

## Workshop 2: Projekte der frühen Förderung wirkungsvoll in Regelstrukturen überführen

Monika Hürlimann, Bereichsleiterin Frühkindliche Bildung und Betreuung, Abteilung Kinder Jugend Familie, Stadt Luzern

Die Stadt Luzern startete ihr Pilotprojekt 2012. Sie setzte dabei drei Schwerpunkte: die Vernetzung der Akteure, frühe Sprachförderung und Eltern-Kind-Arbeit auf Hausbesuchen. 2015 wurde das Projekt auf seine Wirkungen überprüft. Mit der externen Evaluation erhielt die Stadt gegenüber der Politik und Öffentlichkeit starke Argumente für die Weiterführung. Sie erhielt zudem klare Hinweise für Verbesserungen. Es zeigte sich, dass mit einer klugen, wissenschaftsbasierten frühen Förderung weitere wichtige Anliegen der Stadt unterstützt werden können: die Armutsprävention, die Verbesserung der Bildungschancen, die Integration von Migrant/innen und die Frühintervention zum Wohle der Kinder.

Eine erfolgreiche Implementierung beginnt bereits in der Konzeptphase. Eine Analyse der Ist-Situation ist unabdingbar. Es zeigte sich, dass die Stadt nicht mehr Angebote für Eltern und kleine Kinder braucht,

sondern die Bestehenden dem Bedarf anpassen sollte. Aufgaben, Kompetenzen, Angebote und deren Nutzung werden erfasst. Das Bild zeigt auf, wo Lücken bestehen. Aus Sicht der Verantwortlichen ist es sinnvoll, Aufgaben der Frühen Förderung dort anzuschliessen, wo bereits vertrauensvolle und funktionierende Angebote bestehen. Dies hat die Stadt beispielsweise mit ihrem Hausbesuchsprogramm gemacht. Sie integrierte es in die bestehende Mütter- und Väterberatung, welche bei allen Eltern mit kleinen Kindern gut akzeptiert ist. Bestehende Strukturen zu nutzen anstatt neue zu schaffen, ist in der Regel einigens günstiger.

Der Erfolg liegt letztendlich jedoch in den kurzen unkomplizierten Wegen, wenn es um individuelle Lösungen für ein Kind geht. Hier zeigt sich, wie gross der Wille ist, kein Kind durch die Maschen fallen zu lassen. Gemeinsame Netzwerkanlässe stärken diesen Gedanken.

### **Workshop 3: Früherfassung benachteiligter Familien und kontinuierliche Förderung: Voraussetzungen für eine gelingende Förderkette in Winterthur**

Regula Forster, Hauptabteilungsleiterin Familie und Betreuung & Tanja Falk, Koordination Hausbesuchsprogramm «schritt:weise», Stadt Winterthur

Das Praxismodell in Winterthur existiert seit zehn Jahren. Im Zentrum steht die Fachstelle Frühförderung, welche als Kooperation zwischen der Stadt Winterthur und der kantonalen Bildungsdirektion betrieben wird und aus einer Koordinatorin und einer aufsuchenden Sozialarbeiterin besteht. Ziel der Frühen Förderung ist es, dass auch Kinder aus sozial benachteiligten Familien gut vorbereitet in den Kindergarten eintreten können. Die Familien sollen dazu möglichst früh, also kurz nach der Geburt des Kindes, durch Fachpersonen erfasst und im Sinne einer Förderkette begleitet werden. Als Förderangebote dienen Kitas, Spielgruppen und weitere spezifische Angebote.

Eines der Förderprogramme ist das Hausbesuchsprogramm «schritt:weise», bei dem Hausbesucherinnen mit ähnlichem kulturellen Hintergrund wie die teilnehmenden Familien diese besuchen, Spielideen mitbringen und die Mutter anleiten, das Kind im Spiel zu fördern und in die Alltagstätigkeiten einzu beziehen. Das zweite Element des Programms sind Gruppentreffen, welche der Information und sozialen Integration dienen. Es ist wichtig, den Familien wertschätzend und offen zu begegnen und sie zur Mit-

wirkung zu motivieren. Die Freiwilligkeit ist dabei ein grosser Erfolgsfaktor.

Nicht zuletzt müssen die Angebote und Programme finanziert sein. Solange sich weder der Bund noch die Kantone für die Frühe Förderung zuständig fühlen, bleibt die Aufgabe bei den Städten, die sich engagieren und die Finanzierung selbst übernehmen. Denn die Familien, die davon profitieren sollen, sind oft nicht in der Lage entsprechende Beiträge zu bezahlen.

### **Workshop 4: Bessere Bildungschancen dank Sprachkompetenz: Das Förderprogramm «Deutsch für die Schule» der Stadt Chur**

Silvia Maag, Abteilungsleiterin Kind Jugend Familie & Bettina Joos, Programmverantwortliche «Deutsch für die Schule», Stadt Chur

Zurzeit wird in der Stadt Chur eine Strategie der Frühen Kindheit erarbeitet. Die Handlungsempfehlungen des UNESCO-Berichts (Für eine Politik der frühen Kindheit, 2019) sowie beispielsweise auch die Empfehlungen des Bundesamts für Sozialversicherungen und Schweizerischen Gemeindeverbandes (Frühe Förderung – Orientierungshilfe für kleinere und mittlere Gemeinden, 2016) bieten im Strategieerarbeitungsprozess Unterstützung. Das Programm «Deutsch für die Schule» wurde in Chur bereits im Jahr 2014 vom Gemeinderat beschlossen. Es nimmt in der Stadt eine Vorreiterrolle im Bereich der Frühen Kindheit ein. >>



«Deutsch für die Schule» ist ein Angebot für die sprachliche Förderung von fremdsprachigen Kindern. Die teilnehmenden Kinder besuchen während dem Jahr vor dem Kindergarten Eintritt eine Spielgruppe, Kinderkrippe oder gehen in eine deutschsprachige Tagesfamilie. Zwei halbe Tage pro Woche werden von der Stadt in Abhängigkeit des Einkommens mitfinanziert. Die Eltern der teilnehmenden Kinder nehmen im Laufe des gleichen Jahres an acht obligatorischen Elternbildungsveranstaltungen teil. Sie werden dort unterstützt, ihre Kinder beim Erstspracherwerb, beim Deutschlernen für den bevorstehenden Schuleintritt und allgemein in ihrer Entwicklung zu begleiten. Ebenfalls erhalten sie Informationen zu diversen Angeboten der Stadt Chur im Freizeit-, Kultur-, Sozial- und Gesundheitsbereich.

Die Spielgruppen, Kinderkrippen und Tagesfamilien bieten alltagsintegrierte Sprachförderung an. Im Zentrum steht das Spiel und das voneinander Lernen. Die Durchmischung von fremdsprachigen und deutschsprachigen Kindern spielt dabei eine zentrale Rolle. Deshalb wird sichergestellt, dass der Anteil an deutschsprachigen Kindern einer Gruppe mindestens zwei Drittel beträgt.

2019 entschied das Stadtparlament einstimmig für die Weiterführung des Programms, das künftig obligatorisch, aber nicht kostenlos sein soll. Die Verantwortlichen sehen die Freiwilligkeit als grosses Plus. Von den rund 25 Prozent der Kinder eines Jahrgangs (ca. 280 Kinder insgesamt), welche eine Teilnahmeempfehlung erhalten, besuchen mittlerweile über 80 Prozent freiwillig das Programm und treten mit Kenntnissen in der deutschen Sprache sowie weiteren Sozialkompetenzen in den Kindergarten ein. Wie sich ein Obligatorium auswirken wird, wird sich zeigen müssen.

### **Workshop 5: Tagesbetreuung - Das Waadtländer Modell und seine Anwendung in Lausanne**

Jean-Claude Seiler, Leiter Kindertagesbetreuung, Stadt Lausanne

Die Stadt Lausanne versteht die Tagesbetreuung als öffentlich-rechtliche Aufgabe. Die Kompatibilität des Berufs- und Familienlebens für bildungsnahe und bildungsferne Familien stellt einen Rechtsanspruch dar. Die Tagesstrukturen sind entsprechend bedarfsorientiert in der Quartierarbeit verankert, was auch durch die Zuordnung in der Verwaltung gespiegelt wird.

Die Förderung von Tagesstrukturen hat bei der kommunalen Politik hohe Priorität und der Anteil an betreuten Kindern ist entsprechend hoch.

Zur Finanzierung der Betreuungseinrichtungen hat die Stadt Lausanne 2006 eine Stiftung gegründet, an welcher sich die Gemeinde mit einem Sockelbeitrag, der Kanton und bis 2018 der Bund mit Subventionsbeiträgen, sowie privatwirtschaftliche Betriebe mit 0.12% ihrer Lohnsumme beteiligen. Öffentliche und private Betreuungseinrichtungen sind über eine Charta zu einem Netzwerk zusammengeschlossen und private Einrichtungen werden über Leistungsverträge an Qualitätsstandards gebunden. Die Stadt koordiniert ein verpflichtendes und transparentes Prioritätensystem zur Vergabe der Plätze und verantwortet die Verteilung der Stiftungsgelder zur Finanzierung des pädagogischen Personals in den Betreuungseinrichtungen des Netzwerks.

Lausanne ist mit einer Vielzahl von Projekten im Bereich der Tagesstrukturen aktiv. Eine grosse Herausforderung bleibt es, Familien aus prekären Verhältnissen zu erreichen und ihre Einbindung zu verbessern. Diverse Projekte setzen insbesondere bei den Müttern an und schaffen Treffpunkte in den Quartieren, welche Angebote für Kinder mit gezielten Angeboten für die Mütter ergänzen. Erste Projekte werden sehr gut genutzt und eine systematische Verankerung wird angestrebt.

Zentral ist auch die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Schule und den Betreuungseinrichtungen sowie ein verstärktes Engagement bei Kindern mit besonderen Bedürfnissen. Hier ist Lausanne zum Beispiel mit einer Studie zur Betreuung von Kindern mit muskulären Beeinträchtigungen aktiv. Eine weitere Idee sieht vor, Betreuungseinrichtungen mit einem Tagesmutterangebot zu verknüpfen und so flexiblere Angebote zu schaffen.

Jean-Claude Seiler erteilt gerne Auskunft und stellt auf Nachfrage auch Informationsmaterial zur Verfügung.



## Besuch der Ausstellung: «Die Entdeckung der Welt»

Im Rahmen der Tagung hatten die Teilnehmenden Gelegenheit, die Erlebnisausstellung «Die Entdeckung der Welt» zu besuchen, eine Wanderausstellung des Vereins Stimme Q zum Thema «Frühe Kindheit», die bereits in zahlreichen Städten der Schweiz zu Gast war. Sie zeigt, dass Kinder von Geburt an neugierig sind und in der Lage, sich selbst zu bilden, wenn sie Bedingungen vorfinden, die sie optimal in ihrer Entwicklung unterstützen. Anhand zahlreicher Beispiele erfuhren die Besucherinnen und Besucher in Führungen, Erzählungen und Inszenierungen, wie dies in der Familie und in familienergänzenden Einrichtungen ermöglicht werden kann.

Bemerkenswert an der interaktiven Ausstellungs-gestaltung ist, dass sie sowohl als Spiel- und Entde-ckungslandschaft für kleine Kinder funktioniert und gleichzeitig das Thema für Erwachsene und Fach-personen greifbar macht. Neben Stationen, welche die Entwicklung und die Bedürfnisse kleiner Kin-der illustrieren, befasst sich die Ausstellung in un-terschiedlichsten Beiträgen mit den Aufgaben und Herausforderungen von Staat und Gesellschaft, die gelöst werden müssen, um eine gute Qualität in der frühen Kindheit für alle Kinder sicherzustellen.



Engagierte Voten in der Diskussion zeigten einen weitgehenden Konsens über die Bedeutung und Notwendigkeit der Frühen Förderung. Dennoch gibt es in der Schweiz bis heute keine verpflichtenden und einheitlichen Regelstrukturen im Bereich FBBE. In weiten Teilen der Gesellschaft und der Politik gilt die Familie immer noch als Privatsache. Es müsse deshalb aufgezeigt werden, weshalb investieren jetzt – generationenübergreifend – wichtig ist. Frühe Förderung ist eine Bildungsinvestition. Die Publikation der UNESCO-Kommission und politische Vorstösse wie die Parlamentarische Initiative «Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter» sind eine gute Grundlage für eine politische Diskussion, die – darüber war man sich auf dem Podium einig – dringend geführt werden muss. Nachfolgend einige Statements:

#### **Muriel Langenberger**

«Die Sensibilisierung für das Thema ist durchaus vorhanden. Es fehlt jedoch ein Auslöser für die nötigen politischen Prozesse. Es braucht einen nationalen Dialog auf politischer Ebene und es braucht eine nationale Strategie.»

«Die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit bedingt eine hochqualitative Kinderbetreuung, die für alle zugänglich und finanzierbar ist.»

#### **Cédric Némitz**

«Es ist längst nicht mehr so, dass man sich in der Familie um alles kümmert oder kümmern kann. Deshalb muss der Staat aktiv werden.»

«In der Stadt Biel ist die Frühe Förderung in die



# Podiums- diskussion

Teilnehmende: Muriel Langenberger, Head of Programs Europe Jacobs Foundation; Roland Müller, Direktor Schweizerischer Arbeitgeberverband; Rosmarie Quadranti, Nationalrätin und Präsidentin Verband Kinderbetreuung Schweiz (kibesuisse); Cédric Némitz, Gemeinderat Biel/Bienne, Vorsteher Direktion Bildung, Kultur und Sport; Moderation: Karin Landolt

Stadtquartiere integriert – geländegängig und basisorientiert. In den nächsten Jahren wollen wir das noch weiter ausdehnen, über Kitas und Spielgruppen hinaus. Es gibt bereits Quartiere, wo Seniorinnen und Senioren in der Integrationsarbeit mitwirken. Frühe Förderung geht alle an.»

«Die zentrale Frage ist und bleibt: Woher kommt das Geld?»

«Die Bewusstseinsbildung muss dringend angegangen werden.»

## **Rosmarie Quadranti**

«Die Politik hat das Thema zwar erkannt, aber es fehlt ein Verfassungsartikel. Nach sechs Jahren gibt

es inzwischen immerhin eine Arbeitsgruppe Vereinbarkeit. Für Schweizer Verhältnisse ist das schon ein grosser Schritt.»

«Ob eine ähnliche Vorlage wie der 2013 abgelehnte Bundesbeschluss über die Familienpolitik heute eine Chance hätte, ist ein Blick in die Glaskugel. Für eine weitere Vorlage zu diesem Thema muss man absolut sicher sein, dass der Verfassungsartikel angenommen wird. Sonst ist das Thema für die Politik definitiv verloren.»

## **Roland Müller**

«Es gibt viele gute Gründe bei der Bildung, im Sinne von präventiven Massnahmen für den Schuleintritt und später für die Lehre, aktiv zu werden. Insbesondere die Sprachkompetenz ist ein wichtiger Faktor der Integration.»

«Der Bund kann primär durch Anstossfinanzierungen mitwirken. Projekte auf Kantonsebene sollen mit 8.5 Millionen während zehn Jahren unterstützt werden; nun müssen die Kantone aktiv werden.»

# Fazit

In seinem Schlusswort bedankte sich Jürg Altwegg; Präsident der Städteinitiative Bildung, für die Teilnahme an dieser wichtigen Konferenz, für die angeregte Diskussion und für die Moderation.

In seinem Fazit betonte er, dass die frühe Kindheit eine wichtige Phase für die Entwicklung junger Menschen sei, was die Städte erkannt hätten. Sie unternehmen heute bereits viel für einen guten Schulstart.

Gemessen an ihrer Wirtschaftskraft investiere die Schweiz zu wenig Geld in die Frühe Förderung. Dafür zahlten Kinder, die von Früher Förderung profitieren würden, einen hohen Preis. Aber auch die Gesellschaft zahle dafür. Denn in keinem Lebensabschnitt habe ein Franken der öffentlichen Hand mehr Wirkung als in den ersten fünf Lebensjahren. Es dürfe kein geografischer Zufall sein, unter welchen Bedingungen ein Kind im Kindergarten oder in der Schule starte. Gerade bei den Sprachkenntnissen sei es notwendig, alle Kinder bis zum Schulstart auf ein gutes Verständigungsniveau zu bringen.

Einen besonderen Dank richtete Jürg Altwegg an die Jacobs Foundation für die grosszügige Unterstützung und die wertvolle Zusammenarbeit.

### Sitze und Denken

- 1. Mit Beginn des zweiten Lebensjahres merkt das Kind, dass es nicht allein im Raum sein kann. Das heißt, es muss sich mit anderen Menschen auseinandersetzen. Aus dieser Tatsache ergibt sich die erste soziale Herausforderung: Die Beziehung zum Anderen. Diese Beziehung ist die Grundlage für die künftige Persönlichkeitsentwicklung.
- 2. Das Kind erfährt auch im Spiel, dass es nicht allein im Raum sein kann. Diese Erfahrung ist die Grundlage für die künftige Persönlichkeitsentwicklung.
- 3. Das Kind erfährt, dass es nicht allein im Raum sein kann. Diese Erfahrung ist die Grundlage für die künftige Persönlichkeitsentwicklung.
- 4. Das Kind erfährt, dass es nicht allein im Raum sein kann. Diese Erfahrung ist die Grundlage für die künftige Persönlichkeitsentwicklung.
- 5. Das Kind erfährt, dass es nicht allein im Raum sein kann. Diese Erfahrung ist die Grundlage für die künftige Persönlichkeitsentwicklung.

